

Bildung nicht für alle



„Ausländische Kinder und Jugendliche, denen auf Grund eines Asylantrages der Aufenthalt in Berlin gestattet ist oder die hier geduldet werden, unterliegen der allgemeinen Schulpflicht“ (§ 41 Abs. 2 SchulG).

Nur leider sieht es in der Realität ganz anders aus. Im Zuge der Belegung von Asylantenunterkünften wurde der Bezirk Lichtenberg nicht umfassend durch den Senat informiert. Der Bezirk muss sich hier mit einer stümperhaften Informationspolitik des Senats auseinandersetzen. Zwar zeigt die aktuelle Situation, dass der Schulbedarf für die Flüchtlingskinder gedeckt ist, aber ist das morgen auch noch der Fall? Verschie-

gen wird hier gern, dass es sich nur um die Sicherung im Grundschulbereich handelt. Der Anspruch für weiterführende Schulen ist bislang nicht ermittelt. Ob der Personalbedarf gesichert ist, weiß man ebenfalls noch nicht.

Und um dem ganzen noch das i-Tüpfelchen aufzusetzen hat sich der Senat bisher ebenfalls nicht zu der Situation in der Erstaufnahmestelle für AsylbewerberInnen in der Rhinstraße geäußert. Denn auch hier wird es schulpflichtige Kinder geben – und nun? Es ist Handeln gefragt und nicht nur das Durchsetzen von jahrelang nicht durchdachten Schulreformen denn: **BILDUNG IST FÜR ALLE!**

Ihre Camilla Schuler

Stasi—Überprüfung

„Lange ist es her!“ Ist es aber wirklich so lange her? Soll man diese Geschichte wirklich ruhen lassen? Ich sage ausdrücklich: nein!

Zunächst ist es erst knapp 22 Jahre her und wir müssen aus unserer Geschichte lernen, für uns und für die kommenden Generationen. Damit das DDR-Unrecht, welches vielen Menschen und ihren Familien geschah, nie vergessen wird. Außerdem: Bündnis 90 war ein Zusammenschluss der Friedens-, Demokratie- und BürgerInnenbewegungen unterschiedlicher Oppositionsgruppen in der DDR. Und wir heißen immer noch Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Entstehungsgeschichte ist für uns eine Verpflichtung.

Es ist aus unserer Sicht zwingend notwendig auch Bezirksverordnete in der Lichtenberger BVV auf eine mögliche Stasi-Mitarbeit zu überprüfen. Aus dieser Überzeugung haben wir einen Antrag (DS 0030/VII) formuliert, der mit der SPD und der CDU gemeinsam eingebracht wurde. Dieser sieht eine verbindli-

che Überprüfung aller vor 1971 geborener Bezirksverordneten (BVO) auf (in-)offizielle Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) vor. Die Fraktion *DieLINKE* war nicht grundsätzlich dagegen, wollte aber einer verpflichtenden Überprüfung nicht zustimmen. Es wird z.Z. geprüft inwiefern diese möglich ist. Ein Gremium aus VertreterInnen aller Fraktionen und dem Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wird den Prozess begleiten und die BVV über die Ergebnisse informieren. Für mehr Transparenz und BürgerInnenbeteiligung,
Ihr Bartosz Lotarewicz

Haben Sie Fragen, Wünsche, Kommentare, Anregungen oder Anmerkungen?

Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Tel. 600 57 349

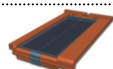
Fax 600 57 350

Mo 13 – 18 Do 10 – 14 Uhr

www.gruene-berlin.de

bvv-fraktion@gruene-lichtenberg.de

V. i. S. d. P.: Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen in Lichtenberg



Solaranlagen kontra Denkmalschutz?

Berlin hat zu wenige Solaranlagen. Nur 4% der geeigneten Dächer Berlins sind bestückt. Lichtenberg hat im Berliner Vergleich noch weniger Solar-Installationen. Dabei wird die Nutzung des Solar-Potentials auf den Dächern unserer Millionenstadt einer der wesentlichen Beiträge beim notwendigen Umbau der Energie-Versorgung sein. Da ist uns jeder willkommen, der Dächer mit Solaranlagen bestückt und so in Lichtenbergs Zukunft investiert. Eigentlich. Und doch ist nicht zu verkennen, dass

Solaranlagen unter Umständen das Erscheinungsbild von Häusern erheblich verändern können. Ein Problem auf denkmalgeschützten Häusern oder Gebäudekomplexen - deren historischer Erhalt ebenso große Bedeutung für das Leben und die Identität der LichtenbergerInnen hat. Konkret führen wir die Diskussion zu Installationsanfragen in einem Dorfkern Hohen-schönhausens, welches mit einer Erhaltungssatzung geschützt ist. Was ist wichtiger - Zukunft der Energie oder Zukunft schützens-

wertiger Stadtansichten? Sowohl als auch, sage ich. Und zwar in jedem Einzelfall. So ist zum Beispiel zu fragen: Muss die geplante Anlage tatsächlich auf dem Dach mit erhaltenswerter Ansicht montiert werden? Wäre nicht eine Kooperation denkbar, mit einem der Eigentümer anderer Häuser, die für Solartechnik geeignet sind? 96% der Potenziale sind Berlin weit ungenutzt! Weiterhin ist zu fragen: Welche Möglichkeiten gibt es, Solartechnik zu installieren und die Ansicht weitgehend zu erhalten? Eben-

nicht mit aufgeständerten Solarpaneelen, sondern etwa mit Dachziegeln, in welche die Solarmodule integriert sind? Wir haben in Lichtenberg keinen Grund, Denkmalschutz und Solartechnik gegeneinander auszuspielen. Wir haben jedoch allen Grund, für jeden Einzelfall Lösungen zu diskutieren und in der Abwägung den gangbaren Weg zu finden. Für die zukunftsfähige Energieproduktion und den Erhalt historischer Stadtansichten unseres schönen Lichtenberg.

Ihr Michael Heinisch

